

Gartenbauwirtschaft

DEUTSCHER ERWERBSGARTENBAU

Wirtschaftszeitung des



BERLINER GÄRTNER-BÖRSE
deutsches Gartenbaues

Der Erwerbsgärtner und Blumenbinder in Wien

Amtl. Zeitung für den Gartenbau im Reichsnährland u. Mitteilungsblatt der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft

Hauptverlag: Berlin-Charlottenburg 4, Schillerstraße 28/30, Fernruf 914208. Verlag: Gärtnerei-Verlagsgesellschaft Dr. Walter Lang KG., Berlin SW 68, Kochstraße 32, Fernruf 176116. Postcheckkonto: Berlin 6708. Anzeigenpreis: 46 mm breite Millimeterzeile 17 Pf., Textanzeigen zum Preis 50 Pf. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 8 v. 1. August 1937 gültig. Anzeigenannahmeschluss: Dienstadt früh. Anzeigenannahme: Frankfurt (Oder), Oderstr. 21, Fernr. 271. Postcheckk.: Berlin 62011. Erfüllungsort: Frankfurt (O.). Erscheint wöchentlich. Bezugsgebühr: Ausgabe A monatl. RM. 1.—, Ausgabe B (nur für Mitglieder des Reichsnährlandes) vierteljährl. RM. 0,75 zuzugl. Postbestellgebühr.

Postverlagsort Frankfurt/Oder - Ausgabe B

Berlin, Donnerstag, 23. Oktober 1941

68. Jahrgang - Nummer 43

Überhöhte Forderungen schaden der Gesamtheit

Wertabschätzung im Obstbau

Kurzbericht über den auf der Sonderobstbauausstellung in Wien von Prof. G. Kemmer, Institut für Obstbau der Universität Berlin, gehaltenen Vortrag über „Grundsätze der Wertabschätzung“.

Die heutige Lage auf dem Gebiet der Wertabschätzung ist im allgemeinen sehr günstig. Das liegt daran, daß man gewöhnlich den Wert der Bäume überschätzt und deshalb hohe Preise als etwas Selbstverständliches hinnimmt. Wie kommt das? Jede sonstige Ware, die auf den Markt gelangt, muß im Preis den Vergleich mit Waren gleicher Art, aber anderer Herkunft, aushalten können. Auf Grund ihrer Herstellungskosten lassen sich dabei die Preise marktlängiger Waren verhältnismäßig leicht überprüfen. Der im Ertrag stehende Obstbaum ist aber ein wertvolles Gut, für den es weder eine Vergleichung noch eine einfache Berechnungsmöglichkeit für seine Erzeugung gibt. Zu den ursprünglichen Anbaukosten in der Baumschule, also zu dem Kaufpreis des Jungbaums, kommt der von Jahr zu Jahr sich heftiger werdende Aufwand, der bei Lebensbäumen, wie es Obstbäume nun einmal sind, recht schwer festzustellen ist. Auf alle Fälle sind zu berücksichtigen die Unterlagen notwendig, die uns bis jetzt bei dem heutigen Stand der obstbaulichen Betriebslehre weitgehend fehlen.

So können die einzelnen Betriebsinhaber mit den gewählten Preisen meistens sehr zufrieden sein. Die Obstbauwirtschaft als Ganzes aber kann an diesen hohen Preisen kein Interesse haben; denn so sehr auch dem einzelnen eine gute Bezahlung seiner Bäume, vor allem bei Entzweigung, zu ginnen ist, so muß doch unbedingt danach getrachtet werden, den gerechten Preis zu finden. Alle Dinge hängen in der Obstbauwirtschaft zusammen und infolgedessen auch die Wertabschätzung mit den Obstpreisen. Der Vorteil des einzelnen ist für die obstbauliche Gesamtheit an sich belanglos, aber er wird gefährlich, wenn aus gezahlten zu hohen Preisen von amtlichen Stellen, z. B. dem Finanzminister, oder dem Reichskommissar, Rückschlüsse auf die Kapitalkraft des deutschen Obstbaus gezogen werden. Wenn ein Obstbauer beispielsweise seine Vorarbeiten so hoch ansetzt, daß ein 40prozentiger Gewinn daraus errechnet werden kann, mit dem nicht einmal die von Klima- und Wetterunsicherheiten unabhängige Industrie rechnen kann, so besteht die Gefahr falscher Einstufung bei der Steuerveranlagung wie bei der Steuerbewertung. Wenn z. B. — wie es vorgekommen ist — bei betriebligen Angaben ein Baumbestand von 2 ha einen jährlichen Reinertrag von 10.000,— RM. abwerfen soll, dann muß in den Augen anderer Berufsleute der Obstbau als glänzende und verhältnismäßig mühelose Einnahmequelle erscheinen, und man braucht sich weder zu wundern, daß Berufsfremde ihr Geld für Obstplantagen anlegen wollen noch daß von anderer Seite dann die Obstpreise als zu hoch angesprochen werden.

Außerdem braucht sich auch niemand darüber zu wundern, daß man dem Obstbau mit Unverständnis begegnet, wenn die von den Hölzern der Frostkatastrophe 1939/40 hart betroffenen Obstbauern von einer Gefährdung ihrer Erträge sprechen. Sie müßten dann ja — so weit es sich um den Verlust älterer Bestände handelt — so reichliche Rückschlüsse gemacht haben können, daß sie einen beträchtlichen Rückschlag ohne weiteres ertragen könnten.

Wir sehen also, daß die Steuerbewertung der Obstbäume — so angenehm sie für den einzelnen

ist — im Hinblick auf die gesamte Obstwirtschaft recht fragwürdige Vorstellungen zeitigt. Andere Bemühungen um das Finden des gerechten Baumwerts sind deshalb, vom Standpunkt der obstbaulichen Gesamtheit aus gesehen, weit notwendiger als vom Standpunkt des einen oder anderen Eigentümers, der vielleicht zu kurz gekommen ist. Als Leitfaden sollte jedenfalls zunächst einmal gelten, daß jeder seine Bäume so einschätzen möge, wie wenn er sie selbst bezahlen müßte.

Wir dürfen nie vergessen, daß im Verhältnis zur Gesamtzahl der deutschen Obstwirtschaften die Fälle der Enteignungs- und Schadenersatzverfahren verschwindend gering sind und daß es durchaus unangebracht ist, die meist hart um ihr Brot ringenden Obstbauern vor der Allgemeinheit gedankenlos als ungeschickte Verkäufer hinzustellen. Dies geschieht aber durch die häufige Vermittlung unangebracht hoher Baumwerte.

Professor Kemmer belegte die Zusammenhänge zwischen der Wertabschätzung, den Obstpreisen und Obstpreisverhältnissen an instruktiven Beispielen, die den Zuhörern ohne weiteres zeigten, wie leicht der Beruf selbst Anlaß zu solchen Vorstellungen in der Öffentlichkeit geben kann.

Da es unmöglich ist, in Kürze auf die näheren Ausführungen Prof. Kemmers einzugehen, möge lediglich darauf hingewiesen werden, daß er in erster Linie jene Fragen erörterte, die erfahrungsgemäß

gemäß von der Praxis zu wenig beachtet werden, z. B. Bedeutung des „augenblicklichen Zustandes“, Wesen der Ertragsfähigkeit, indirekte Prüfung unüberprüflicher Ertragsangaben, Einfluß falscher Obstpreise und Erträge auf den Wert der Obstbäume, Einfluß des indirekten Kaufwandes usw.

Dem Vortrag war immer wieder zu entnehmen, daß nur die Erfassung der betriebswirtschaftlichen Vorgänge eine Vervollständigung der Wertabschätzung ermöglicht. Die Findung des gerechten Baumwerts ist nicht an Voraussetzungen geknüpft, die irgendwo außerhalb des Betriebes gegeben sind, sondern immer nur an den Betrieb selbst. Deshalb sind hergehobene Ansichten über Berechnungsverfahren, Preisbildung usw. gänzlich wertlos, solange es an der klaren Erkenntnis des Betriebsgeschehens mangelt. Richtige Baumwerte, geordnete Betriebswirtschaft und gerechte Obstpreise gehen Hand in Hand. Die Sicherung der deutschen Obstwirtschaft durch richtige Obstpreise ist unser Ziel, und dazu trägt eine vernünftige Wertabschätzung mehr bei, als viele Obstbauern ahnen.

Pflicht zur Schädlingsbekämpfung im Obstbau in Lothringen

Der Chef der Zivilverwaltung in Lothringen hat eine Verordnung zur Schädlingsbekämpfung im Obstbau vom 5. September 1941 mit Richtlinien zur Schädlingsbekämpfung erlassen, die inhaltlich der Verordnung zur Schädlingsbekämpfung im Obstbau vom 29. Oktober 1937 und den dazu ergangenen Richtlinien vom 6. Januar 1938 entsprechen.

Ein praktisches Beispiel planmäßiger Zusammenarbeit

Bezirksabgabestellen fördern den Anbau

Die Bezirksabgabestellen für Gartenbauerngüter sind die Treuhänder des Anbauers. Ihre Hauptaufgabe ist es, die anfallenden Ertragssteuern durch die Sammelstellen anzunehmen und über den Verteilerapparat dem Verbraucher zuzuleiten. Jeder Einzelweibler weiß aber, daß dieser Vorgang, so einfach er sich anfühlen mag, sehr viele Schwierigkeiten in sich birgt. Obst und Gemüse sind im allgemeinen keine Stapelware, sondern leicht verderblich. Aus Gründen der Marktordnung und Sicherung der Versorgungslage sowie mit Rücksicht auf die erforderliche Preisdisziplin ist die Tätigkeit der Bezirksabgabestelle einfach nicht mehr vorzudenken. Sie tragen ein hohes Maß von Verantwortung für den reibungslosen Verlauf des gesamten Absatz- und somit Versorgungs-vorganges.

Es ist verständlich, daß solchen den Bezirksabgabestellen und der Erzeugung ein möglichst enges Verhältnis erforderlich ist. Im Bereich der Bezirksabgabestelle Dortmund, deren Einzugsgebiet sich fast über den ganzen Regierungsbezirk Arnsberg sowie über Teile der Kreise Bedum und Wiedenbrück erstreckt, macht sich die mögliche und erstrebenswerte Anbauförderung in besonderem Maß bemerkbar. Gerade im Kreis Bedum, soweit er von Dortmund erfaßt wird, ergab sich 1940 die Gelegenheit einer ausgiebigen Betriebsbesuchstour. Die reiche Anbauerngemeinschaft stellte alle Beteiligten vor große Aufgaben. So mußte zunächst das nötige Material vorzüglich bereitgestellt werden. Es war erforderlich, einen regelmäßigen Fahrplan für die Landmannen, die die Früchte aus dem Erzeugungsbereich holen sollten, auszuarbeiten. Wenn dann tatsächlich innerhalb von vier Wochen aus den Hauptanbaugebieten der Bezirksabgabestelle Dortmund 57.000 dt Zwiebeln, das sind 1400 Waggons, erfaßt und per Bahn oder per Kasse den Verbrauchertellen zugeleitet wurden, so ist dies nicht nur eine organisatorische Leistung, sondern auch eine indirekte Anbauförderung. Allein schon die Tatsache, daß die riesigen Erntemengen reibungslos erfaßt und ordnungsgemäß dem Verbrauch zugeleitet werden konnten, hat in den Anbaugebieten zur Folge, daß der Anbau noch weiter ausgedehnt wird, um so mehr, als auch die erzielten Preise durchaus zufriedenstellend waren. Aber nicht direkt wirkt sich die Tätigkeit der Bezirksabgabestelle im Anbau aus. So wird zur Zeit in Stromberg im Kreis Bedum eine Anbauvermehrung von 4,5 ha angesetzt. Betriebsbesuche werden Johanniss- und Strohbeeren sowie Abarbarer als Unterfrüchten zunächst in kleinem Umfang betrieben. Am Rode einer Bewässerung soll eine dementsprechende Anbauvermehrung erfolgen. Die Anbauvermehrung in diesem Vorhaben gina von der Bezirksabgabestelle aus. Darüber hinaus ist gerade im Stromberger Anbauvermehrungsgebiet wiederum mit Hilfe der Bezirksabgabestelle Dortmund vorgegangen, verkehrsmäßig und befristetgehend den Obst- und Gemüsebau weiter auszuweiten und zu fördern.

Die Bezirksabgabestellen kennen in erster Linie den Bedarf der Märkte. Sie können und müssen dem Anbauer sowohl in Bezug auf die anzubauenden Sorten und Arten als auch bezüglich des erforderlichen Ertragspunktes Berater sein.

In Erkenntnis dieser Tatsache wurde 1941 im Kreis Bedum der Zellerbau erweitert. Die

guten Ergebnisse lassen erwarten, daß im kommenden Jahr eine weitere Anbauvermehrung erfolgt. Die erforderliche Anbauvermehrung wird ebenfalls vorzüglich mit den Erwerbsgärtnern geplant.

So läßt sich zusammenfassen, daß durch diese fruchtbare Zusammenarbeit der Anbau tatsächlich und wesentlich gefördert wird. Es erübrigt sich fast, darauf hinzuweisen, daß selbstverständlich der zutreffende Fachberater in stärkstem Maß der Witterung zwischen der Bezirksabgabestelle und den Anbauern ist.

40-jähriges Dienstjubiläum

Ministerialdirigent Friedrich Ernst Kesch, der Leiter der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft beim Reichskommissar für die Preisbildung, konnte am 21. Oktober auf eine 40jährige Dienstzeit zurückblicken. Ministerialdirigent Kesch, der schon während des Weltkrieges auf dem Gebiet der Ernährungswirtschaft in Bayern tätig war, konnte in seiner langen und erfolgreichen Dienstzeit reiche Erfahrungen sammeln, am noch kürzer Tätigkeit im Reichsernährungsministerium an maßgebender und verantwortlicher Stelle des Vierjahresplanes seit dem Jahre 1936 und jetzt im Krieg die Ernährungsgrundlagen des deutschen Volkes und die Stabilität des deutschen Preisniveaus sichern zu helfen. Sein Arbeitsgebiet, die Erhaltung der Preisstabilität in der Ernährungswirtschaft, ist für die Abwehr der Preissteigerungen und damit für den Endzweck von besonderer Bedeutung. Im Auftrag des Führers wurde Ministerialdirigent Kesch zum Reichskommissar für die Preisbildung, Gauleiter Josef Wagner, das Treuhandregimenten I. Klasse für 40jährige Dienstzeit überreicht.

Ein neuer Landesgefolgschaftswart in der Südmarch

Anlässlich einer Arbeitsstagnation der Preisgefolgschaftswarte der Landesbauernschaft Südmarch in Graj wurde durch den Landesgefolgschaftswart Reibling der neue Landesgefolgschaftswart Pöllinger in sein Amt eingeführt. Landesgefolgschaftswart Reibling hat in seiner Ansprache hervorgehoben, daß diese Ernennung gleichzeitig symbolisch für die Aufstiegsmöglichkeiten sei, die heute jedem deutschen Landarbeiter im neuen Reich offen stehen.

Gründung der „Gartenbau-AG“ in Rumänien

In Bukarest ist die „Gartenbau-AG“ gegründet worden. Sie wird sich vornehmlich mit der Züchtung der Gemüsekulturen in den dafür besonders geeigneten Bundesstellen Rumaniens befassen. Sie hat zu diesem Zweck für Liebenburg eine Station in Hermannstadt und für das auf dem Gebiet der Gemüseproduktion besonders fortschrittliche Banat Stationen in Renard und Porcin errichtet, die alle Arten von Gemüse über die volksdeutschen Genossenschaften aufkaufen und zu Konserven und Dörren verarbeitet oder auch im frischen Zustand zum Versand bringen werden.

Politische Streiflichter

Belohntes Kriegssparen

Ein Krieg stellt an die Finanzierungskraft eines Staates ungeheure Anforderungen. Das Problem der Kriegsinanzierung und die Möglichkeiten seiner Lösung sind daher seit allen Zeiten aus den Erörterungen über den Krieg und seine Durchführung nicht wegzudenken gewesen. Es sind sicherlich nicht wenige Volksgenossen, die oft die berechtigte Frage stellen: Woher kommt das viele Geld? Solange die Währung eines Landes von irgendwelchen eingebildeten Werten abhängt, z. B. von Gold, solange kann eine Störung der Finanzierungsverhältnisse leicht das ganze Wirtschaftsgebäude eines Volkes zum Einsturz bringen. In Deutschland hat man sich daher von allen theoretischen Dogmen gelöst und die Arbeitskraft des Volkes und die Produktion seines Fleißes zur Grundlage der Währung gemacht. Damit sind die in den liberalistischen Ländern möglichen Gefahren einer Inflation ausgeschaltet. Je sicherer aber diese Finanzierung, desto bedeutungsvoller ist das Sparen. Die Freiheit des Reiches und der Wohlstand des Volkes werden weitgehend erkämpft durch die Ersparnisse der Werktätigen. Der Vizepräsident der Deutschen Reichsbank hat kürzlich die Bedeutung des Kriegssparens als für die Zukunft des Reiches entscheidend herausgestellt. Dabei hat er auch betont, daß zur Zeit Maßnahmen eingeleitet werden, um über die Sicherung der Währung hinaus die deutschen Kriegssparer für ihre Pflichterfüllung zu belohnen. Diesmal wird derjenige sogar belohnt werden, der durch eifriges Sparen bewiesen hat, daß er Verständnis für die volkswirtschaftlichen und finanzpolitischen Aufgaben in der Zeit des augenblicklichen Ringens um des Volkes Freiheit bewiesen hat.

Entlarvte Halsabschneider

Das willigste Werkzeug der Plutokraten, Roosevelt, bemüht sich verzweifelt, um einen stichhaltigen Grund für den Eintritt Amerikas in den Krieg gegen Deutschland zu finden. Die Anwürfe, die von Washington gegen Deutschland erhoben werden, sind aber so lächerlich, daß es nicht lohnt, darauf einzugehen. Eines aber ist interessant: die USA. Werfen nämlich Deutschland Dinge vor, die man selbst laufend als für sich berechtigt in Anspruch nimmt. Die Bemühungen der USA, um eine Durchdringung der mittel- und südamerikanischen Staaten sind bekannt. Geldmittel und die notwendigen obskuren Persönlichkeiten stehen ausreichend zur Verfügung, so daß es Roosevelt tatsächlich gelang, einen immer stärkeren Einfluß bei den mittel- und südamerikanischen Regierungen zu gewinnen. Nachdem man jahrelang so vorbereitet hat, glaubt man in Washington jetzt die Zeit für gekommen, um die Maske fallen zu lassen. Und siehe da, es enthüllt sich ein Imperialismus, wie er brutaler und hemmungsloser nicht gedacht werden kann. Roosevelt schul z. B. eine neue Institution, die einzig und allein die Aufgabe hat, die Verstärkung der Macht der USA in Mittel- und Südamerika weiter durchzusetzen. Dabei ist es nicht uninteressant, feststellen zu können, daß die leitenden Personen dieses neuen Apparates des amerikanischen Präsidenten fast ausschließlich Juden sind. Wieder wird an diesem charakteristischen Beispiel der jüdische Hintergrund des ganzen kriegshetzischen Treibens unserer Tage offenbar, wobei die Vereinigten Staaten von Nordamerika zweifellos für sich in Anspruch nehmen können, daß sie die letzte Hoffnung und der Hort aller Angehörigen des internationalen Judentums, der internationalen Börsenhyänen, der Freimaurerei und der letzten Vertreter demokratischer Verkalktheit sind.

Verraten und verkauft

Englische Zeitungen haben angesichts des Zusammenbruchs der militärischen Front der Bolschewiken und der lächerlich ins Wasser gefallenen Hilfeversuche der Briten und Nordamerikaner anscheinend doch das Verlangen zu etwas ernsterer Betrachtung der Zukunft der britischen Insel verspürt. Das große Abwürgen der denkbaren Chancen hat nun eine Folge gehabt, die sowohl für die Engländer als auch für die Nordamerikaner nicht gerade sehr erfreulich ist. England hat mehr als einmal aus berufenem Munde erklärt lassen, daß es dem deutschen Ansturm erliegen müsse, wenn Amerika nicht ausreichende Hilfe bringe. Um diese Hilfe aber ist es ziemlich kümmerlich bestellt. So wird von englischen Zeitungen festgestellt, daß von den ersten 7 Mrd., die Amerika auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zur Verfügung gestellt habe, 95 % bisher nicht hätten in Anspruch genommen werden können, weil die amerikanische Industrie einfach nicht zu liefern in der Lage sei. Bis Ende August dieses Jahres seien für nur 3 v. H. der obengenannten Ziffer verschifft worden, und davon wiederum weniger als die Hälfte Kriegsmaterial. Soweit die englischen Zeitungen. Wenn man nun noch bedenkt, daß es mit der Verschiffung allein ja nicht getan ist, daß vielmehr deutsche U-Boote und Kampflieger noch ein gewichtiges Wort mitzureden haben, dann können wir uns die ausgesprochene Katerstimmung in London durchaus vorstellen.